

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.386/8-V/6/86

An das

Präsidium des
Nationalrates1017 W i e n

56-GE/9.86

am: 26. AUG. 1986

29.8.86 HbZ Lufg

Dr. Müller

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

LACHMAYER

2203

Betrifft: Novelle zum JWG 1954

Der Verfassungsdienst übermittelt 25 Ausfertigungen seiner
Stellungnahme zu dem mit Note des Bundesministeriums für
Familie, Jugend und Konsumentenschutz vom 22. Juli 1986,
GZ 31 8010/41-III/1/86, versendeten Entwurf einer Novelle zum
Jugendwohlfahrtsgesetz.

Anlage14. August 1986
Für den Bundesminister:
i.V. BERCHTOLDFür die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.386/8-V/6/86

An das

Bundesministerium für
Familie, Jugend und Konsumentenschutz

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

LACHMAYER

2203

31 8010/41-III/1/86
22. Juli 1986

Betrifft: Novelle zum JWG 1954

Der Verfassungsdienst nimmt zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes
über eine Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes wie folgt
Stellung:

Zum Titel:

Der legislatischen Praxis entsprechend sollte der Titel etwa wie
folgt lauten: "Bundesgesetz vom, mit dem das
Jugendwohlfahrtsgesetz geändert wird".

Zum Art. I:

1. Es fällt auf, daß der Eingangssatz, mit welchem das zu
ändernde Gesetz in der geltenden Fassung angegeben wird,
fehlt. Der vorliegende Entwurf wäre unbedingt in dieser
Hinsicht zu ergänzen.

Die Novellierungsanordnungen des Art. I sollten nicht in
Paragraphen, sondern in Zahlen gegliedert werden.

- 2 -

Zum Art. II:

Die Übergangsbestimmungen wären mit Absätzen zu bezeichnen.

Die Vollziehungsklausel ist insoferne unzutreffend, als hinsichtlich der Grundsatzbestimmung keinesfalls eine Vollziehung des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz angenommen werden kann. Es wird daher etwa folgende Formulierung vorgeschlagen: "Die Vollziehung dieses Bundesgesetzes richtet sich nach § 42 des Jugendwohlfahrtsgesetzes idF dieses Bundesgesetzes".

Zum Vorblatt:

Als Alternative zum vorliegenden Gesetzentwurf könnte die "Neuregelung des Jugendwohlfahrtsrechtes" (vgl. die Regierungsvorlage 357 d.Blg.NR XVI. GP) angegeben werden, freilich unter der Voraussetzung, daß diese Neuregelung mit 1. Jänner 1987 in Kraft tritt.

Zu den Erläuterungen:

Es sollte nicht von "Erlässen", sondern vielmehr von "Rundschreiben" des Bundeskanzleramtes gesprochen werden.

Die Erläuterungen zu Art. II wären der vorgeschlagenen Neufassung der Vollziehungsklausel anzupassen.

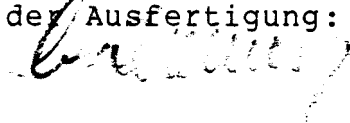
Im Sinne von Pkt. 91 der Legistischen Richtlinien 1979 wird der Regierungsvorlage eine Textgegenüberstellung anzuschließen sein.

- 3 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme ergehen u.e. an das
Präsidium des Nationalrates.

14. August 1986
Für den Bundesminister:
i.V. BERCHTOLD

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Berchtold', is written over the text 'der Ausfertigung:'.